Weltrundschau : Atempause in Fernost ; Neue Unruhe im Mittelosten ; Die Fünfte Republik ; Abrüstungsgespräche ; Chinas "grosser Sprung" ; Die Massen werden mobilisiert ; Tibet - ein Beispiel

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **52 (1958)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140298

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Atempause in Fernost Sind wir wirklich um den Atomkrieg herumgekommen, an dessen Rand uns die berüchtigte Nachtwandlerdiplomatie des Herrn John Foster Dulles aufs neue herangeführt hatte? Es wäre vermessen, darauf einfach mit Ja zu antworten. Aber eine Atempause ist, gerade während ich dies schreibe, in dem halsbrecherischen Spiel um Quemoy und Formosa doch eingetreten, eine Pause, die beiden Teilen Zeit zur Besinnung und zur Umkehr von dem lebensgefährlichen Weg geben sollte, den sie beschritten haben.

Ende September war ja tatsächlich ein Punkt erreicht worden, an dem ein einziger Fehlschritt die Katastrophe bedeutet hätte. Die chinesische Artillerie hatte Quemoy, die dem Festland bedrohlich vorgelagerte Inselbastion Tschiang Kai-scheks, von jedem Nachschub aus Formosa abgeschnitten. Ein Korrespondent des «U. S. News and World Report» (26. September) berichtete ungeschminkt aus Taipeh: «Die Anstrengungen, den 80 000 nationalistischen Truppen und den 48 000 Zivilisten auf der Insel ausreichende Versorgung zuzuführen, sind erfolglos geblieben ... Wenn die Roten die Blockade nicht aufheben, scheint eine Kraftprobe unvermeidlich. Quemoy braucht täglich etwa 1000 Tonnen Lebensmittel, um unter dem Sperrfeuer der roten Artillerie weiterzuleben. In ungefähr vier Monaten wird Quemoy ausgehungert sein.» Die «Nationalisten» allein seien außerstande, die chinesische Blockade zu brechen; so bleibe also nach der Ansicht gewisser Amerikaner kein anderer Ausweg mehr übrig als ein bewaffnetes Eingreifen der Vereinigten Staaten: «Den Roten muß in Warschau ein diplomatisch stilisiertes Ultimatum überreicht werden, wonach amerikanische Flugzeuge und Kriegsschiffe die nationalchinesischen Versorgungszüge bis zum Strand von Quemoy hin geleiten würden; falls sie von der roten Artillerie beschossen würden, würden die amerikanischen Streitkräfte die roten Batterien angreifen.»

Es ist kein Geheimnis, daß eine mächtige Druckgruppe in den Vereinigten Staaten nur darauf wartet, eine solche Gelegenheit zur «Generalabrechnung» mit China und damit auch mit der Sowjetunion zu bekommen. Nach dem bereits genannten Neuyorker Wochenblatt (10. Oktober) hat die Regierung der Vereinigten Staaten die übrigen Westmächte und die lateinamerikanischen Staaten sogar in aller Form wissen lassen, daß sie zum Krieg entschlossen sei, «falls das nötig werde». Dabei habe sie geltend gemacht, daß die Vereinigten Staaten der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik militärisch überlegen seien; daß allen kommunistischen Drohungen sofort die Stirn geboten werden müsse; daß im Fall eines Zurückweichens im Fernen Osten die «freie Welt» nur anderwärts – in Berlin, in der Türkei, in Vietnam oder sonstwo – vor die Frage der Widerstandsleistung gestellt

würde, und daß Chruschtschew «ein zweiter Hitler» sei, der schnell und ohne Warnung zuschlage.

Ob die amerikanische Regierung eine solche Mitteilung tatsächlich an die ihr befreundeten Staaten hat ergehen lassen, bleibe dahingestellt; es entspräche immerhin ihrer bisherigen Grundhaltung. Hingegen hat Staatssekretär Dulles an seiner Pressekonferenz vom 30. September eine eher versöhnliche Haltung eingenommen, indem er die Belegung Quemoys mit einer so starken Truppenmacht, wie sie die Formosaregierung dorthin geworfen habe, als «töricht» bezeichnete und deren Zurücknahme im Fall eines vertrauenswürdigen Waffenstillstandes empfahl, ja sogar die Wiedereroberung Chinas durch Tschiang Kai-schek als recht fragwürdig erklärte. Das wäre, wenn es ernst gemeint ist, beinahe ein Rückzug der amerikanischen Diplomatie von ihrer «Randwanderungspolitik», und Peking hat denn auch nicht gezögert, gleichfalls einen wichtigen Schritt nach rückwärts zu tun, indem es beschloß, die Beschießung von Quemoy vom 6. Oktober ab für eine Woche einzustellen und so die Neuversorgung der Insel mit Lebensmitteln usw. zu ermöglichen, sofern die nationalistischen Schiffe nicht mehr von amerikanischen Einheiten begleitet würden.* Die amerikanische Regierung hat diese Bedingung sofort angenommen, so daß Quemoy nun im Augenblick wieder gerettet ist. Aber die große Frage bleibt eben, ob die Waffenruhe von Dauer sein wird, das heißt ob die Amerikaner ihren Schützling Tschiang Kai-schek zwingen können und wollen, die Küsteninseln zu räumen und künftig auf jede Gewaltaktion zu verzichten. Das ist vorderhand mehr als zweifelhaft, zumal die Vereinigten Staaten – selbst wenn Quemoy und Matsu geräumt würden – entschlossen scheinen, Formosa zu halten, das sie in aller Eile zu einem gewaltigen Militärstützpunkt ausbauen, als das «Gibraltar des Pazifik», an dem sich die Chinesen die Köpfe einrennen würden. Anderseits warnt Peking die Vereinigten Staaten eindrücklich, die Einstellung des Feuers auf die Küsteninseln als Schwächezeichen zu deuten. «Das chinesische Volk», so erklärte Vizeministerpräsident Tschen Yi, «ist entschlossen, die Inseln Formosa, Penghu, Quemoy und Matsu zu befreien.» Wie da eine Verständigung möglich sein soll, ist vorerst noch völlig unklar. Den Chinesen sollte es doch eigentlich vorerst genügen, eine d a u e r n d e Waffenruhe in der Straße von Formosa zu erlangen, denn dann wäre es mit allen Angriffsplänen Tschiang Kaischeks endgültig aus und sein Regime verlöre jede Existenzberechtigung, das heißt Formosa würde von selbst frei. Könnten die Freunde Chinas das der Pekinger Regierung nicht klarmachen? Oder werden jetzt endlich doch die Vereinten Nationen eingreifen und trotz ihrem jüngsten, unter amerikanischem Druck gefaßten Beschluß, die Chinafrage nicht anzurühren, doch zugeben, daß die Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in die UNO die Voraussetzung für die Befrie-

* Die Waffenruhe ist inzwischen um zwei Wochen verlängert worden.

dung des Fernen Ostens, ja eine Bedingung für eine weltumfassende Entspannung überhaupt ist?

Neue Unruhe im Mittelosten Im zweiten großen Unruhenherd der gegenwärtigen Weltpolitik, im Mittelosten, drohen neuerdings bedenkliche Verwicklungen. Daß die Besetzung Libanons und Jordaniens durch amerikanische beziehungsweise britische Streitkräfte nur eine vorübergehende, täuschende Beruhigung bringen würde, war ja von vornherein klar. Immerhin trug man sich sowohl in Washington als in London mit der Hoffnung, die Besetzungstruppen noch im Lauf dieses Monats zurückziehen zu können, ohne daß die britisch-amerikanischen Macht- und Geschäftsinteressen darunter leiden würden, das heißt ohne daß es dann zur Einsetzung neutraler, dem Westen nicht mehr höriger Regierungen kommen werde. Allein, man verkannte wieder einmal allzusehr die Stärke der arabischen Unabhängigkeitsbewegung. In Libanon stehen die Anhänger dieser Bewegung im Kampf nicht nur gegen den westlich gesinnten Expräsidenten Chamoun und seine Partei, sondern auch gegen den neuen, mehr oder weniger neutralen Präsidenten Chehab, so daß kein Mensch weiß, was nach einem Abzug der Amerikaner passieren würde. In Jordanien aber ist es so gut wie sicher, daß sich König Hussein, der seine Gegner aufs grausamste unterdrückt, keine acht Tage mehr halten könnte, sobald einmal die britischen Fallschirmer fort wären. Jordanien erhält ohnehin längst kein Öl mehr von Irak, und seine Grenze nach Syrien zu bleibt nach wie vor geschlossen, so daß ihm auch wirtschaftlich der Atem auszugehen droht. Kurz, die Westmächte dürfen nicht wagen, die beiden von ihnen militärisch beherrschten Länder freizugeben, ohne die riesigen Profite aufs Spiel zu setzen, die ihre kapitalistische Oberklasse aus den von ihr «kontrollierten» Ölfeldern des Mittelostens zieht. Im Jahr 1957 zogen die sogenannten internationalen (das heißt meist mit britisch-amerikanischem Kapital betriebenen) Petrolgesellschaften nicht weniger als 2000 Millionen Dollar Reineinnahmen aus ihren Ölgeschäften, davon rund 600 Millionen (etwa zweieinhalb Milliarden Schweizer Franken) aus den vorderasiatischen Ölfeldern. Dieser Reichtumsstrom wird in dem Augenblick versiegen, da die arabischen Völker ihre Ölquellen selber ausbeuten und mit dem Westen auf rein kaufmännischer Grundlage über den Ölpreis verhandeln werden. Begreiflich, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien diesen Augenblick so weit wie möglich hinauszuschieben streben; begreiflich aber auch, daß sie auf die Länge gegen eine geschichtliche Elementarkraft wie den allarabischen Nationalismus und die mit ihm verbundene sozialrevolutionäre Bewegung nichts auszurichten vermögen. «Inzwischen aber und vorausgesetzt, daß ein dritter Weltkrieg abgewendet werden kann», so folgert die Neuyorker «Monthly Review» (Septemberheft), «kann die amerikanische Politik nur von einer Krise zur andern, von

einem Fehlschlag zum andern führen, bis zu guter Letzt der westliche Imperialismus aus dem Mittelosten buchstäblich hinausgeworfen wird.»

Ihre Sonderkrise haben die Engländer gleichzeitig auf Zypern. Nach dem Scheitern unzähliger Versuche, die Unabhängigkeitsbewegung der griechischen Zyprioten mit ihren eigenen militärischen Bedürfnissen (Sicherung der Ölzufuhr aus dem Osten!) zu vereinbaren, hat die britische Regierung schließlich die unglückselige Idee zu verwirklichen begonnen, Vertreter Griechenlands und der Türkei zur Verwaltung der vielumstrittenen Insel heranzuziehen. Griechenland hat die Mitwirkung bei diesem Unternehmen von vornherein verweigert, so daß künftig Zypern tatsächlich unter britisch-türkischer Herrschaft stehen wird, mit Ausschaltung der griechisch gesinnten Mehrheit der Inselbevölkerung. Der in der Verbannung lebende zypriotische Erzbischof Makarios machte zwar vor wenigen Wochen, wahrscheinlich im Einverständnis mit der Athener Regierung, einen letzten Versuch zu einer friedlichen Verständigung, indem er den Verzicht auf den Anschluß der Insel an Griechenland anbot, so daß Zypern also von Athen ebenso unabhängig würde wie von London und Ankara, aber die Rechte der türkischen Minderheit international gewährleistet wären. Die Regierung Macmillan zog den Vorschlag indessen überhaupt nicht in ernste Erwägung und verweigerte damit den Zyprioten nicht nur die Unabhängigkeit nach außen hin, sondern zwingt der griechischen Volksmehrheit nun auch im Innern ein Regime auf, das sie unter eine tyrannische Herrschaft von Engländern und Türken stellt, nur um Englands strategische Stellung im Orient zu sichern und um die Gefolgschaft der Türkei – «des zuverlässigsten Mitgliedes der NATO und des Bagdadpaktes», wie man sie genannt hat – nicht zu verlieren. Die Folge ist eine Verschärfung des blutigen Kampfes zwischen Engländern und Türken auf der einen Seite und der griechischen Inselbevölkerung auf der andern, wie man sie bisher noch nie erlebt hat. Was sich jetzt die Engländer auf Zypern leisten, ist grundsätzlich von den «zivilisatorischen» Leistungen der Franzosen in Algerien – mit 2000 im Kampf getöteten Algeriern pro Monat – nicht mehr weit entfernt. Und das heißt sich freie Welt!

Die Fünfte Republik Wird es wohl, als Folge der Aufrichtung der Fünften Republik in Frankreich, künftighin in Algerien besser werden? Man hat allen Grund, es zu bezweifeln. De Gaulle hat zwar mit den 97 Prozent Ja-Stimmen, die er am 28. September in Algerien bekam, den erwarteten «durchschlagenden» Sieg errungen; aber daß diese anscheinende Einmütigkeit des Bekenntnisses zu Frankreich irgendwelches moralische Gewicht hätte, wird angesichts der massiven Druck- und Schwindelmethoden, die die faschistische Militärregierung Algeriens zu deren Fabrikation anwandte, kein ernster Beobachter behaupten wollen. Und daß de Gaulle die Versprechungen, die er jetzt den mohammedanischen Algeriern gemacht

hat, gegen den Willen der Generäle und der Kolonialisten werde wirklich erfüllen können, das muß er erst noch beweisen.

In Frankreich selbst drücken die 80 Prozent Ja-Stimmen, die der große Mann bekommen hat, eher eine glaubhafte Dreiviertelseinmütigkeit des Volkswillens aus – trotz den fast monopolistisch gehandhabten Massenbeeinflussungsmitteln, die die Regierung eingesetzt hat. Aber das Ja galt eben in erster Linie der Person de Gaulles, nicht seiner Verfassung, die gewiß die allerwenigsten Franzosen gelesen haben. Und das heißt, daß es eine falsche Antwort auf eine falsch gestellte Frage war. Das wird sich immer deutlicher zeigen in dem Maß, da de Gaulle versuchen muß, den Blankoscheck einzulösen, den ihm das vertrauensselige französische Volk ausgestellt hat. Zunächst kann er nach Artikel 92 der neuen Verfassung vier Monate lang mit bloßen Verordnungen regieren, also mit diktatorischen Vollmachten. Inzwischen werden dann – Ende November – die Parlamentswahlen und die Wahl des Staatspräsidenten stattfinden, und man wird sehen, was für eine Sorte Demokratie daraus hervorgeht. Die reaktionäre Rechte freut sich schon heute darauf, daß in der künftigen Volksvertretung, die nicht mehr nach Proporz gewählt werden, also nicht mehr die verhältnismäßige Stärke der Parteien widerspiegeln wird, die Kommunisten mehr oder weniger ausgeschaltet, aber auch die Sozialisten und die (katholischen) Volksrepublikaner zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt sein werden. Darüber hinaus muß befürchtet werden, daß die Rolle des Parlaments und die Volks- und Bürgerrechte auf eine Art und Weise umschrieben werden, die einem «trockenen» Faschismus sehr nahe kommen dürfte. Und wenn der Algerienkrieg weitergeht, so wird das – zusammen mit der Atomrüstung und der Großmannssucht de Gaulles – für den Staatshaushalt und die Volkswirtschaft eine Dauerbelastung bringen, die schwer zu tragen sein wird. Politische Unfreiheit, finanzielle Zerrüttung, soziales Chaos und vielleicht außenpolitische Verwicklungen ernstester Art – das sehen schon heute viele Franzosen als Früchte des neuen Regimes kommen. Aber wenn je, so muß man dannzumal dem französischen Volk eben sagen: «Vous l'avez voulu, Georges Dandin!»

Abrüstungsgespräche In einem gewissen Sinn ist freilich das halbdiktatorische Regime, in das sich Frankreich jetzt flüchtet, nur des Ausdruck der dumpfen Empfindung, daß inmitten der kriegsdrohenden Weltlage innerpolitische Demokratie fehl am Platze sei und nur eine starke, keinen Widerstand duldende Staatsgewalt, verbunden mit möglichster Gleichschaltung der Geister, ein annehmbares Weiterleben der Nation zu sichern vermöge – so wie das tatsächlich, in mancherlei Abstufungen zwar, fast in allen Ländern des Westens wie des Ostens der Zug der Zeit ist. Anderseits entspringen dem gleichen drückenden Unsicherheitsgefühl der Völker die mehr oder weniger ehrlich gemeinten Bemühungen

der Regierungen, durch Einschränkung der Mittel zur Kriegführung den drohenden Krieg selbst zu verhindern, der beim jetzigen Stand der Waffentechnik überhaupt keinen politischen Sinn mehr haben kann und nur noch blinde Selbstvernichtung der von ihm erfaßten Nationen im Kolossalmaßstab wäre.

Ein erster, bedeutsamer Schritt auf diesem Wege war die Genfer Sachverständigenkonferenz vom vergangenen August und September, die erwiesen hat, daß eine Kontrolle über alle irgendwie bedeutenderen Versuche mit Kernwaffen technisch durchaus möglich ist. Diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, also den Atomexplosionen ein für allemal ein Ende zu setzen, darum wird sich nun die politische Konferenz bemühen, die Ende Oktober wiederum in Genf zusammentreten soll, vielleicht auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen, der die Sowjetregierung einen entsprechenden Antrag unterbreitet hat, nachdem sie – als Antwort auf die negative Haltung der Westmächte – ihre Probeexplosionen neuerdings aufgenommen hatte. Im November sollen dann außerdem Besprechungen von Sachverständigen über die Verhinderung von Überraschungsangriffen stattfinden, gemäß Eisenhowers Luftaufklärungsplan von 1955.

Ob bei all diesen Verhandlungen etwas Greifbares herauskommt, bleibt fraglich, schon darum, weil China davon ausgeschlossen sein wird, obwohl auf seinem Boden nach dem Plan der Genfer Expertenkonferenz acht Kontrollstationen errichtet werden sollen – von der gleichen UNO, die die Existenz der Chinesischen Volksrepublik beharrlich ignoriert. Auch sonst fehlt es nicht an politischen und technischen Schwierigkeiten, die einem Erfolg der West-Ost-Konferenzen im Weg stehen. Das Haupthindernis ist natürlich das abgrundtiefe Mißtrauen zwischen den großen Machtlagern. Während sie über Möglichkeiten der Abrüstung zu verhandeln vorgeben, treiben sie die Aufrüstung immer weiter, mit der Ausrede, sie seien leider dazu einfach gezwungen, solange keine internationale Abrüstung vereinbart sei – nicht sehend oder nicht sehen wollend, daß eine vereinbarte Abrüstung psychologisch und politisch immer aussichtsloser wird, je mehr die einzelnen Staaten auf eigene Faust weiterrüsten. Und dieses Weiterrüsten geht eben anscheinend hemmungslos fort, besonders auf dem Gebiete der Atomwaffen. Ein Land um das andere will seine Atomwaffen haben – als «wirksamstes Mittel der Landesverteidigung», wie die verlogene Phrase lautet. Nach Frankreich, das bereits die ersten Probeexplosionen ins Auge faßt, und der Schweiz meldet nun auch Schweden seinen Anspruch auf Kernwaffen an, mindestens als Forderung seiner Militärkreise, während die sozialdemokratisch geführte Regierung noch zögert. Und wie lange wird es gehen, bis auch Italien und Spanien, die Türkei und Holland, Pakistan und China «in dem Ding», genannt internationaler Selbstmörderklub, sein wollen! Einzig das kleine Österreich erklärt, sich dem atomaren Wettrüsten fern-

halten zu wollen, um seine junge Neutralität nicht von vornherein unglaubhaft zu machen.

In den Völkern wächst freilich auch der Widerstand gegen den atomaren Selbstmord, nicht zuletzt in unserem eigenen Land, soll doch endlich die vielberufene Volksinitiative für ein Verbot von Atomrüstungen noch in diesem Monat eingeleitet werden. Bezeichnenderweise versagt die Sozialdemokratische Partei, gemäß einem Beschluß ihres jüngsten Parteitags, dieser Aktion ihre Unterstützung unter dem Vorwand, sie werde dann mit einer eigenen Initiative verlangen, daß eine von den eidgenössischen Räten beschlossene Anschaffung von Atomwaffen auch dem Volk unterbreitet werde. Als ob ein solches Begehren dann noch irgendwelche Aussicht auf Erfolg hätte! Wenn das Volk mitreden soll, dann muß das jetzt geschehen, bevor Bundesrat und Generalstab ihre Vorlage in einem gefügigen Parlament durchgedrückt haben, und damit es gar nicht zu einer derartigen Vorlage kommt. Leider fiel eine Mehrheit der Parteitagsdelegierten auf den Trick der Oberführer herein, obwohl jedem Kundigen klar sein mußte, daß damit nur ein rechtzeitiger, wirksamer Widerstand gegen die Pläne der Rüstungsfanatiker hintertrieben werden sollte. Die starke Minderheit, die sich vorbehaltlos gegen jede atomare Bewaffnung aussprach, läßt immerhin hoffen, daß die Initiative gerade auch im sozialdemokratischen Parteivolk wie in den Gewerkschaften viele Tausende von Anhängern finden wird.

In manchem anderen Land wären die Gegner der Atomrüstungen nur zu froh, wenn sie eine solch große Gelegenheit hätten, ihr Volk zum Entscheid aufzurufen, wie die schweizerische Bundesverfassung sie uns bietet! Die Pläne der Gewaltpolitiker wären auf jeden Fall bald durchkreuzt, und eine Kriegsgefahr, wie sie jetzt von Ostasien her die Welt überschattet, könnte überhaupt kaum aufkommen, wenn die Völker ihr Schicksal in die eigene Hand nähmen und ihren Friedenswillen den Regierenden aufzwängen, statt sich durch hohle Schlagworte benebeln und ins Verderben stürzen zu lassen!

Chinas „großer Sprung" Kehren wir aber noch einmal zum neuen China zurück – zu seiner fast sensationell zu nennenden inneren Entwicklung. Ich habe im September hier gesagt, der scharfe Kurs der chinesischen Außenpolitik erkläre sich teils aus dem gesteigerten Selbstbewußtsein, das die Chinesische Volksrepublik aus ihren riesigen zivilisatorischen Leistungen gewonnen habe, teils aus der Überzeugung der Pekinger Regierung, daß nur die fugenlose Geschlossenheit des kommunistischen Weltblocks und die Unterdrückung aller «revisionistischen» Lockerungserscheinungen diejenige Machtentfaltung erlaube, die die Unabhängigkeitsbewegung der farbigen Rassen zum Sieg führen könne. In beiden Beziehungen ist so die Außenpolitik Pekings nur die andere Seite seiner Innenpolitik, die wir nun etwas schärfer ins Auge fassen wollen.

Von den wirtschaftlichen Leistungen (um nur von ihnen zu reden) der jungen Chinesischen Volksrepublik bekam in der Schweiz auch ein größeres Publikum einen wenn auch nur schwachen Begriff durch den chinesischen Pavillon an der Lausanner Mustermesse, der natürlich in der deutschen Schweiz wieder in der gehässigsten Weise als Versuch kommunistischer Einsickerung gebrandmarkt wurde, während der Berichterstatter der «Neuen Zürcher Zeitung», immerhin etwas «vornehmer», fand, daß die ausgestellten chinesischen Maschinen und Apparate «dem sachkundigen Betrachter höchstens ein nachsichtiges Lächeln entlocken» könnten ... Genauere Vorstellungen vermitteln die offenbar zuverlässigen Angaben, die in den amtlichen Veröffentlichungen der Pekinger Regierungsstellen zu finden sind. Man stößt darin immer wieder auf die Wendung, daß China mit der Verwirklichung seines ersten Fünfjahresplanes (1953 bis 1957) einen mächtigen «Sprung nach vorwärts» in seiner Industrialisierung getan habe. Denn Industrialisierung und Modernisierung – das sind ja die großen Losungsworte, die das ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der Volksrepublik beherrschen. «China», so liest man in der «Peking Review» (vom 25. März 1958), «muß imstande sein, all die Haupttypen maschineller Ausrüstung und der Rohstoffe hervorzubringen, die nötig sind, um die hauptsächlichen Mittel zur Ausdehnung seiner Volkswirtschaft und zu seiner technischen Neuausrüstung zu liefern. Gleichzeitig muß es auch alle Arten von Verbrauchsgütern herstellen, um einen stetigen Fortschritt des Lebensstandards seines Volkes aufrechtzuerhalten ... China huldigt dem Grundsatz, daß der Vorrang der Entwicklung der Schwerindustrie gehört, dem Mittelpunkt seines wirtschaftlichen Aufbaus ... Chinas Industrialisierungsform ist sozialistisch. Seine Politik bestand darum in der Entwicklung volkseigener Industrien im allerausgedehntesten Maß und in der Umgestaltung der Privatindustrie auf sozialistische Linien. Auf diese Art ist die sozialistische – in staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum stehende – Industrie unbedingt vorherrschend geworden und wird schließlich die einzige Industrieform in unserer Wirtschaft sein.»

Der erste Fünfjahrplan stellte in den Mittelpunkt die Schaffung von 694 übernormal mit Kapital ausgestatteten Industrieanlagen, von denen 156 mit sowjetischer Hilfe ausgebaut werden sollten. Von diesen letzteren waren Ende des vergangenen Jahres 112 weit fortgeschritten und 57 voll oder teilweise im Betrieb. Statt der geplanten 694 Anlagen wurden 825 in Angriff genommen; 449 waren ganz oder teilweise im Betrieb. Alle sind modernste Unternehmungen, wie sie das alte China niemals hätte erstellen können. Die Produktion der verschiedenen Industrien hat sich in diesen fünf Jahren dank den ausgedehnten Neuanlagen stark erhöht, so Gußeisen um 3 270 000 Tonnen, Stahl um 2 346 000 Tonnen, Elektrizität um 2 335 000 Kilowatt, Werkzeugmaschinen um 6223, Motorlastwagen um 30 000 Stück, Zement

um 2 554 000 Tonnen, Baumwollspindeln um 1 995 000, maschinengemachtes Papier um 237 000 Tonnen.

Die zusätzliche Produktion überstieg meistens die Gesamtproduktion der betreffenden Industriezweige im alten China. Dabei wurde namentlich auch darauf Bedacht genommen, ganze Industrietypen regional einheitlich zu entwickeln, so die Eisen- und Stahlindustrie der ehemaligen Mandschurei mit Anschan als Mittelpunkt (wir haben seine gewaltigen Anlagen vor drei Jahren zu bewundern Gelegenheit gehabt), die Textilindustrie von Schanghai und Tientsin, und so fort. Die chinesische Industrie wird so geographisch immer gleichmäßiger verteilt. Wichtig ist besonders auch die Heranbildung des technischen Nachwuchses; die Zahl der Techniker für Schürfen, Entwerfen und Kapitalgütererzeugung zum Beispiel hat sich in den letzten fünf Jahren verachtfacht, diejenige der Zivilingenieure und Installationstechniker mehr als vervierfacht. Es stehen so jetzt mehr als 600 000 geschulte Techniker zur Verfügung.

In der Landwirtschaft sind die Fortschritte nicht viel weniger erstaunlich. Die Gesamterzeugung von Getreide hat sich zwischen 1952 und 1957 um 30,5 Milliarden Kilo auf 185 Milliarden erhöht, diejenige von Baumwolle um 6,7 Millionen Zentner auf 38,8 Millionen. Die Vergenossenschaftlichung der Bauernbetriebe ist sozusagen gänzlich durchgeführt, mit sichtbarem Erfolg. Die Bezirke Ts'eng-Hai und Chao-Eu in der Provinz Kwangtung zum Beispiel lieferten vor der Befreiung (1949) im Durchschnitt nicht mehr als 500 Pfund Getreide je Mou (666 m²); 1956 waren es 1000 Pfund und 1957 bereits 1200 Pfund. Früher nahmen die Reisfelder eine Bodenfläche von rund 300 Millionen Mou ein; in den ersten Monaten des laufenden Jahres sind allein 200 Millionen Mou neu dazugekommen dank planmäßiger Bewässerung, ausgedehnten Bodenverbesserungen, rationelleren Anbaumethoden usw.

Dem Besucher Chinas springt nicht zuletzt auch die Ausdehnung des Verkehrsnetzes in die Augen. Im Laufe des ersten Fünfjahresplanes sind in der Tat 8500 Kilometer neuer Bahnlinien und mehr als 70 000 Kilometer neuer Straßen erstellt worden. Flugzeuglinien verbinden die größeren Städte miteinander; die Telephon- und Telegraphenlinien haben heute die doppelte Länge derjenigen von 1952.

Die Massen werden mobilisiert Der Leser lasse es sich nicht verdrießen, die hier wiedergegebenen und die noch folgenden Zahlen zur Kenntnis zu nehmen; sie sprechen eine beredte Sprache. Wenn nicht alles täuscht und wenn der Frieden erhalten bleibt, wird nämlich der zweite Fünfjahrplan, der jetzt verwirklicht wird, noch viel gewaltigere Fortschritte bringen. Vor wenigen Tagen erst kündigte Peking an, daß die chinesische Industrie in diesem Jahr viermal soviel Maschinen herausbringen werde wie 1957; abgesehen von gewissen schweren und Spezialmaschinen,

sei China nunmehr in der Lage, seine ganze mechanische Ausrüstung selbst zu erstellen. Das wäre, wenn es sich bewahrheitet, wirklich ein Wirtschaftswunder! Und im China-Pavillon des Lausanner Comptoir konnte man eine Tafel sehen, die feststellte, daß zurzeit im Mittel alle 48 Stunden eine neue Fabrik oder ein neues Bergwerk größeren Umfangs fertig wird und den Betrieb aufnimmt. Neben den großen Werken schießen jetzt überall mittlere und kleine Unternehmungen aus dem Boden, beispielsweise mehr als 10 000 kleine Hochöfen, die die Stahlproduktion von 5 240 000 Tonnen im Jahr 1957 auf über 10 Millionen Tonnen im laufenden Jahr bringen sollen. Eine Reihe neuer Produktionszweige ist im Wachstum begriffen: Maschinen für Wasserkraftwerke, elektrische Lokomotiven, Fernsehgeräte, elektronische Rechenmaschinen, Automobile, und so fort. Die Kohlenförderung, die 1957 rund 129 Millionen Tonnen betrug, soll heuer auf 180 Millionen gesteigert werden.

Auch in der Landwirtschaft wird der neue Plan bereits mit Erfolg durchgeführt. Die Getreideernte ist, durch ausnehmend gutes Wetter begünstigt, dieses Jahr beispiellos ertragreich; die Ernte des Wintergetreides eingerechnet, steht die Produktion um 69 Prozent höher als 1957, so daß China auf diesem Feld heuer sogar die Vereinigten Staaten übertrifft, während im Jahr 1949 seine Getreideerzeugung nur 44 Prozent derjenigen Amerikas erreichte. Auch die Reisernte ist ergiebiger als je; in den Provinzen Kiangsi und Szetschuan beläuft sich im Durchschnitt die Ernte an Frühreis auf 550 Pfund je Mou, 18 Prozent mehr als 1957. Große Aufmerksamkeit wird im neuen Fünfjahrplan namentlich dem Bau von Bewässerungsanlagen und ländlichen Kraftwerken gewidmet; die Verwendung landwirtschaftlicher Geräte, die Bodenbearbeitung, die Düngung, die Samenauswahl – kurz, die ganze Agrartechnik erfährt eine rasche und planmäßige Modernisierung, die in den meisten Gegenden Chinas einer eigentlichen Umwälzung des Landwirtschaftsbetriebes gleichkommt.

Und nun ist plötzlich, ohne Zutun von oben, aus dem chinesischen Volke selbst heraus, jene «Kommunenbewegung» aufgebrochen, die über die amtlichen Planziele hinaus einen noch erstaunlicheren Sprung nach vorwärts darstellt. Von der Provinz Honan ausgehend, hat, man weiß nicht recht wie, ein mächtiger Drang zu weitestgehender Kollektivisierung der Wirtschaft und des Alltagslebens das ganze Land erfaßt. Die Formen der neuen Kommunalisierung sind in den verschiedenen Landesteilen im einzelnen ganz verschieden; gemeinsam ist ihnen allen aber die Zusammenlegung der gesonderten genossenschaftlichen Dorfwirtschaften eines Bezirks zu einer Gesamtorganisation, die auch sämtliche nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten – Gewerbe, Industrie, Handel, Verwaltung usw. – übernimmt und das Privateigentum soweit wie irgend möglich aufhebt. Der einzige Eigenbesitz, der den Kommunemitgliedern bleibt, ist vielfach nur eine Lehmhütte, ein kleiner Garten und ein paar Stück Geflügel; und bereits ist

da und dort die Rede davon, dreistöckige Wohnhäuser als Gemeinschaftswerk zu erbauen. Gemeinschaftskantinen und Kinderkrippen sind schon jetzt die Regel und helfen mit, die Frauen für kommunale Arbeit freizumachen. Die ganze Bewegung steckt noch zu sehr in den Anfängen, als daß sich ihre Entwicklung voraussehen ließe; sicher ist nur, daß in China der Gedanke der gemeinsamen Arbeit, des gemeinsamen Besitzes und des gemeinsamen Lebens in einer Art und Weise ernst genommen wird, wie das überhaupt in keinem anderen Land der Erde, mindestens nicht in diesem Umfang, geschieht.

Es sind wirklich ehrgeizige Ziele, die sich die Organisatoren des neuen China gesetzt haben. Aber es blieb ihnen eben keine andere Wahl. Wie Liu Schao-schi in seinem Bericht vor dem Parteitag der chinesischen Kommunisten am 23. Mai sagte: «Nur durch die höchstmögliche Beschleunigung unseres Aufbaus werden wir in der kürzestmöglichen Frist unseren sozialistischen Staat festigen und die Lebenshaltung des Volkes erhöhen ... Manche Leute sagen, die Beschleunigung des Aufbautempos mache die Menschen übermäßig ‚gespannt'; es sei darum vorzuziehen, das Tempo zu verlangsamen. Aber werden die D i n g e weniger gespannt sein, wenn das Aufbautempo verlangsamt wird? Jedermann muß wissen, daß es zu einer schrecklichen, wirklichen Spannung käme, wenn mehr als 600 Millionen Einwohner auf lange Zeit hinaus in Armut und Unwissenheit leben müßten, wenn sie ihre ganze Kraft aufwenden müßten, um gerade noch ein Elendsleben zu führen, unfähig, den Naturkatastrophen Trotz zu bieten, unfähig auch, jeden ausländischen Angriff aufzuhalten, und in eine Lage versetzt, die es ihnen unmöglich machen würde, ihr Schicksal zu meistern. Gerade um aus dieser Lage herauszukommen, haben Hunderte von Millionen Chinesen ihre Kraft zusammengenommen und sich voller Zuversicht ins Feuer der Arbeit und des Kampfes gestürzt ... Diese Art ‚Spannung' hat nichts Erschreckendes an sich.»

Man muß sich auch im Ausland diese ganze Lage immer vor Augen halten, wenn man den Zentralisierungs- und Gleichschaltungsmethoden gerecht werden will, die jetzt mit neuer Schärfe im «Reich der Mitte» angewandt werden. Ich habe an dieser Stelle immer betont, wie sehr auch die Diktaturmethoden der Sowjetregierung weithin nur die Zwangslage widerspiegeln, in der sich Rußland angesichts der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit seines Volkes und der fast unausgesetzten tödlichen Feindseligkeit des kapitalistischen Auslands befand und zum großen Teil noch heute befindet, ohne daß damit diese Methoden schon einfach gerechtfertigt wären. Ähnlich ist heute die Lage der Chinesischen Volksrepublik. Unter einem ungeheuren Bevölkerungsdruck stehend – jedes Jahr nimmt China um 12 Millionen Menschen zu –, bis vor kurzem noch vielfach im reinsten Mittelalter steckend, vom Ausland aber ständig in seiner Existenz bedroht und von der Familie der Vereinten Nationen unter amerikanischem Druck beharrlich ausgeschlossen, gehorcht die Pekinger Repu-

blik einfach einem wirtschaftlichen Imperativ, wenn sie alle staatlichen Macht- und Propagandamittel einsetzt, um ihr Volk zu der höchsten Kraftanstrengung anzuspornen, die überhaupt aus ihm herauszuholen ist. «France-Observateur» (10. September) sagt es gut: «Um die Verhärtung zu verstehen, die sich in Peking kundgibt, muß man sich beständig daran erinnern, daß das unermeßliche China heute in dem gewaltigsten wirtschaftlichen Aufbauwerk begriffen ist, das jemals unternommen wurde. Alle unterentwickelten Länder kennen das Problem, welches ihnen das Ausmaß des Wachstumstempos der Produktivkräfte stellt: Wenn dieses Tempo nicht schnell genug ist, erhebt sich die Gefahr einer tiefgehenden sozialen und politischen Stockung; ist es aber zu schnell, so riskiert man außergewöhnliche Spannungen und folglich den Totalitarismus. Die Lenker Chinas haben sich dafür entschieden, die zweite Gefahr in Kauf zu nehmen, und um sie abzuwehren, entfalten sie einen Massenfeldzug von beispiellosem Ausmaß, der unter dem Namen ‚Berichtigungsfeldzug' läuft.»

Ohne die geistig-sittliche Seite dieses Unternehmens irgendwie zu übersehen, müssen wir uns darum hüten, die Zwangsmaßnahmen, die mit dieser Massenmobilisierung verbunden sind, rein ideologisch, losgelöst von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die dahinterstehen, zu betrachten und sie einfach moralisch zu verdammen. Claude Lanzmann schreibt in dem bereits erwähnten Pariser Blatt auf Grund eines Besuches in China nicht ohne Grund: «Gerade in dem Augenblick, da die Kommunistische Partei daran ging, von fünfhundert Millionen Mitgliedern der Genossenschaften zu verlangen, daß sie in einigen Jahren auf landwirtschaftlichem und industriellem Gebiet entscheidende Fortschritte verwirklichen, mit denen die von der Sowjetunion im selben Aufbaustadium gemachten überhaupt nicht verglichen werden können, wurde es für sie unerläßlich, gleichzeitig ihre leitende Rolle zu verstärken, auf festester Grundlage die Diktatur des Proletariats sicherzustellen und die Massendemokratie zu entwickeln dadurch, daß sie dem Volk in breitestem Umfang das Wort gab ... Es geht hier genau um Leben oder Tod des chinesischen Kommunismus. Und wenn es auch stimmt, daß der Berichtigungsfeldzug in vielen Fällen abstrakt bleibt in dem Sinn, daß er nicht immer zur tatsächlichen Lösung der wirklichen Widersprüche führt und daß er sie oft nur ungewollt verdeckt (daher der bloß wortreiche, moralische, ‚beispielgebende', zuweilen sogar lächerliche oder gehässige Charakter gewisser seiner Bekundungen) – so ist dieser Feldzug doch sicher jener andern Form politischer Einmütigkeit vorzuziehen, die der Terror darstellt.»

Die Gleichschaltung widerstrebender Intellektueller, Beamter und Funktionäre und die Unterdrückung wirklich gegenrevolutionärer Gruppen ist nur eine, und nicht die wesentliche, Seite der ganzen Bewegung; ihr Ziel ist die Gewinnung der Volksmassen für die willige

und freudige Durchführung einer wirtschaftlichen Revolution, die ihresgleichen in der Weltgeschichte sucht.

Tibet – ein Beispiel Ermüdet es den Leser, wenn ich ihn bitte, mit mir auch noch einen Blick auf das jetzt von China beherrschte Tibet zu werfen, das nach gewissen Berichten in voller Auflehnung gegen den Pekinger Kommunismus und Zentralismus stehen soll? Im «New Statesman» (6. September) stellt ein offenbar indischer Tibet-Reisender, Harish Chandola, die Tatsachen über Tibet fest, die ganz anders lauten. Die Revolte, die das Volk dieses geheimnisumwitterten Landes erfaßt haben soll, beschränkt sich danach auf das ferne Kham, die tibetanische Ostprovinz. Sie begann im Jahr 1956 und ist noch heute nicht ganz erloschen, hat aber den weitaus größten Teil Tibets nicht in Mitleidenschaft gezogen. Und in Kham selbst trägt sie keineswegs den Charakter eines Aufstandes gegen den Kommunismus. «Kham», so schreibt der Verfasser des Aufsatzes, «hat sich immer gegen die Obrigkeit aufgelehnt. Wenn sie keinen andern Gegner hatten, mit dem sie hätten kämpfen können, so bekämpften sich die Khampas gegenseitig selber ... Schon bevor die chinesischen Truppen im Jahr 1950 einrückten, waren die hochgewachsenen, kühnen, kriegerischen Khampas in zunehmendem Maße Räuber geworden, die die Nachbargebiete plünderten und oft miteinander selbst um die Beute kämpften.» Die Chinesen haben ihr Mögliches getan, um Ordnung und Gesetzlichkeit im Khamland herzustellen; einige Nomadengruppen leisten aber noch immer Widerstand. «Sie kämpfen nicht für eine Sache; sie bekämpfen jeden, der Ordnung zu schaffen sucht.»

Unter der chinesischen Herrschaft wandelt sich inzwischen Tibet mehr und mehr um. Verglichen mit den Fortschritten, die sie in China selbst gemacht haben, sind die Chinesen in Tibet sehr langsam vorgegangen. Trotzdem haben sie, wie Chandola immer wieder beobachten konnte, «gewaltige Veränderungen zustande gebracht». Bevor sie ihr Aufbauprogramm in Angriff nahmen, haben sie die tibetanische Regierung zur Abschaffung der Zwangsarbeit veranlaßt – «eine revolutionäre Wandlung, da früher die Mehrheit der Tibetaner in Klöstern und im Dienste der Großgrundbesitzer, der Vornehmen und der Beamten verhungerte und versklavt war». Dann modernisierten die Chinesen Wirtschaft und Verkehr planmäßig. Sie bauten Straßen von rund 10 000 Kilometern Länge – wahre Wunderwerke der Technik in diesem teils wüst liegenden, teils hochalpinen Land. Sie erstellten Häuser, verbesserten die Landwirtschaft, gründeten Genossenschaften, die die Bauern mit Saatgut und Betriebsmitteln versorgten, und legten den indischen und nepalesischen Händlern und Wucherern, die die Tibetaner ausplünderten, gründlich das Handwerk. «Kurz», so faßt Chandola zusammen, «Tibet wird aus den Klauen einer sehr rückständigen, despotischen, feudalen Kirchenherrschaft befreit und bewegt

sich auf der Bahn des Fortschritts. Das Tragische ist, daß die Initiative zu all dieser guten Arbeit nicht in den Händen der Tibetaner selbst liegt. Ihr Fortschritt wird von den Chinesen gelenkt, mit dem ausgesprochenen Zweck, seine Wesenheit zu verwischen. Sie wollen, daß die Tibetaner sich nicht als eigenes Volk fühlen, sondern als Teil von China. Das Tempo des Fortschritts und der Verschmelzung ist so rasch, daß die Tibetaner vielleicht das bessere Teil ihrer Persönlichkeit verlieren, ihr stolzes Erbe und ihre Bildungsüberlieferung. Die Tore zu einer neuen Welt sind für die Tibetaner zu plötzlich aufgemacht worden.»

Tibet ist so ein Beispiel sowohl für die guten Seiten der wirtschaftlichen und sozialen Revolution, die im Bereich des neuen China vor sich geht, als auch für ihre schweren Gefahren, die freilich mit der Modernisierung und Industrialisierung der unterentwickelten Länder ganz allgemein, ja mit der rapid fortschreitenden Technisierung, Uniformierung und Materialisierung unseres gepriesenen neuzeitlichen Zivilisationslebens überhaupt verbunden sind. Es müssen schon mächtige seelische und sittliche Gegenkräfte aufwachen, wenn uns der moderne «Fortschritt» – so nötig und unvermeidlich er im Kampf wider Armut und Unwissenheit ist – nicht doch zum Fluch werden und die Welt in Barbarei und Untermenschentum zurückwerfen soll. Die Atombombe ist nur die grausigste Ausdrucksform dieser über uns schwebenden Gefahr!

9. Oktober *Hugo Kramer*

An einem Kongreß für Rassengleichheit im September 1958

sagte *Pfarrer Martin Luther King* aus Montgomery, Alabama: «Es ist durchaus möglich, daß das traurigste an der Übergangszeit, in der wir leben, nicht der widerliche Lärm ist, den die sogenannten Schlechten verführen, sondern vielmehr das bedrückende Schweigen der sogenannten Guten. So könnte es dazu kommen, daß unsere Generation büßen muß, nicht allein für das teuflische Handeln und die giftigen Worte der Kinder der Finsternis, sondern ebensosehr für die lähmende Ängstlichkeit und die tragische Gleichgültigkeit der Kinder des Lichtes.»